

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Oktober 1952

569/J

Anfrage

der Abg. E i b e g g e r, P r o b s t, Dr. K o r e f, Z e c h t l,
V o i t h o f e r und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend Duldung monarchistischer Restaurationsbestrebungen gegen die
Republik Österreich.

-.-.-

Es hat bei der grossen Mehrheit der republikanischen Bevölkerung Österreichs schon in der Vergangenheit peinliches Aufsehen erregt, als bekannt wurde, dass der aus Österreich landesverwiesene Otto Habsburg in der amerikanischen Zone Bayerns, offenbar mit Wissen und Duldung der amerikanischen Besatzungsmacht, mit Österreichern hochverräterische Umtriebe übt.

Schon in der Vergangenheit wurden Besuche, auch von Persönlichkeiten des politischen Lebens, darunter von Abgeordneten der ÖVP und des VdU, bei Otto Habsburg in verschiedenen bayrischen Orten bekannt. Otto Habsburg begibt sich wiederholt in die Orte nahe der österreichischen Grenze, um Abgesandte der österreichischen monarchistischen Bewegung zu empfangen und sie in ihren gegen die demokratische Republik gerichteten Plänen zu ermuntern und zu bestärken. Am 25. und 26. Oktober d.J. fand wieder ein solcher Empfang in Passau statt. Otto Habsburg wohnte im St. Nikola-Kloster in Passau und empfing dort sowohl Journalisten als auch österreichische Gäste. Sein Adjutant ist ein gewisser Hauptmann Gudenus. Von bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahmen an diesem Empfang der ÖVP-Stadtrat von Wien Franz Bauer und ein ÖVP-Vizebürgermeister einer anderen Stadtgemeinde teil. Ferner waren Männer und Frauen aus Wien gekommen.

Bereits am Samstag, den 26. d.M. fand in der Kapelle des St. Nikola-Klosters eine Messe statt, die von einem Angehörigen des Deutschen Ritterordens, Graf Bellerupt, gehalten wurde. Er forderte die Schaar der treuen Anhänger "Seiner Majestät" auf, zu wirken und zu beten, dass "Seine Majestät" bald nach Österreich als Monarch einziehen könne.

Am Montag vormittag wurde eine grosse Delegation aus Oberösterreich durch einen gewissen Dr. Tanner von der Firma Estermann A.G. in Weiß zur Audienz vorgeführt. Die Empfänge dauerten von 9 Uhr vormittag bis 11,30 und von 15 Uhr bis 17 Uhr.

Die gefertigten Abgeordneten sind weit davon entfernt, in dem Treiben der genannten Personen eine unmittelbare Gefährdung der republikanischen und demokratischen Staatsform in Österreich zu sehen. Soweit sich unter den Genannten Personen befinden, welche der Republik Österreich die Treue geschworen haben, wird es Aufgabe ihrer Vorgesetzten sein, ihre Tragfähigkeit zu überprüfen; soweit es sich um öffentliche Mandatare handelt, die ebenfalls den Eid auf die republikanischen Gesetze abgelegt haben, wird es in erster Linie Sache der Wähler sein, darüber zu richten. Denn angesichts der Haltung der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung kann kein Zweifel darüber sein, dass die Überwindung der republikanischen Staatsform in Österreich nur mit Gewalt möglich ist. Wer für die Wiedererrichtung der Monarchie wirbt, der zeigt sich heute schon insgeheim zur gewalttätigen Niederwerfung der Republik entschlossen.

Viel ernster wird die Angelegenheit durch die Duldung, welche die bayrischen Behörden den monarchistischen Umtrieben gewähren; vor allem aber durch die Tatsache, dass die amerikanische Besatzungsmacht in Bayern dem ihr zweifellos bekannten Treiben Otto Habsburgs untätig zusieht. Das Treiben des Herrn Habsburg und seine Konspiration mit österreichischen Hochverrätern sind Aktionen gegen die Staatsform der Republik Österreich. Die Duldung solcher Aktionen in einem Nachbarstaat kann zu ernstesten Gefährdungen eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen. Die amerikanischen Besatzungsbehörden müssen sich aber auch über die Folgen im klaren sein, die ihr zweideutiges Verhalten auf die Einstellung des österreichischen Volkes zur Politik der Vereinigten Staaten von Amerika haben kann.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehenden

A n f r a g e n :

1.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Regierung der westdeutschen Republik und die Regierung des Landes Bayern darauf aufmerksam zu machen,

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Oktober 1952

dass die Duldung der habsburgischen Konspiration gegen die Republik Österreich zu einer ernststen Trübung der Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der westdeutschen Republik führen kann?

2.) Ist der Herr Bundeskanzler bereit, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darauf aufmerksam zu machen, dass die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung die Unterstützung von Umtrieben gegen die republikanische Staatsform, durch wen immer sie erfolgt, als einen feindseligen Akt betrachtet?

-.-.-.-